

„Der Missbrauch von Werkverträgen frisst sich wie ein Krebsgeschwür quer durch unsere Volkswirtschaft“

„Ausbeutung“ und „moderne Sklaverei“ – klare Worte zum Kampf gegen Dumping-Löhne und menschenunwürdige Lebensbedingungen von Arbeitsmigranten kommen aus dem Oldenburger Land, einer Hochburg der Fleischindustrie. Monsignore Peter Kossen, der nach dem Weihbischof zweithöchste Vertreter des „Bischöflichen Offizialats“ in Vechta, bezieht eindeutig Stellung, wenn es um die Lage der oft aus Osteuropa stammenden Arbeiter in der Branche geht. Die G.I.B. sprach mit Monsignore Kossen in Vechta. „Monsignore“ ist im deutschen Sprachraum die Anrede für die Träger des kirchlichen Ehrentitels „Kaplan seiner Heiligkeit“, mit dem verdiente Geistliche vom Papst ausgezeichnet werden. Das Offizialat ist eine kirchliche Behörde. „Offizial“ in Vechta, also Leiter der Behörde, ist Weihbischof Heinrich Timmerevers. Monsignore Peter Kossen ist sein ständiger Vertreter. Zum Offizialatsbezirk Oldenburg gehören 40 Gemeinden im Oldenburger Land.

G.I.B.: Das Thema Arbeitswelt gehört eigentlich nicht direkt zu Ihrer Stellenbeschreibung, oder?

Monsignore Peter Kossen: Nicht direkt. Aber aus Bereichen wie KAB (Katholische Arbeitnehmerbewegung), Kolping und dem Kontakt zu Beraterinnen bei der Caritas haben sich die Informationen zum Thema Missbrauch von Werkverträgen und zur Situation der Leiharbeiter so gehäuft, dass ich dachte, du musst da,

Demonstranten, ein Fleischbeschauer, der beim Landkreis Cloppenburg beschäftigt ist, sagte mir damals: Wissen Sie, die Sonntagsarbeit ist hier das kleinere Problem. Sie müssten mal sehen, wie die Leute in diesem Betrieb arbeiten, wie sie untergebracht sind, wie sie hier schikaniert werden. Das habe ich erst mal so zur Kenntnis genommen.

Ein paar Wochen später erzählten mir Schwangerschaftskonfliktberaterinnen vom Sozialdienst katholischer Frauen, dass rumänische und bulgarische Arbeitsmigrantinnen in ihre Beratungen kommen, weil sie bei einer ungewollten Schwangerschaft mit einem Mal feststellen, dass sie aus allen sozialen Netzen herausfallen, nicht krankenversichert sind und ihnen oft sogar das Geld fehlt, um in ihre Heimat zu fahren und zu entbinden. Die Beraterinnen berichteten mir auch von Fällen, wo drei Arbeiterinnen sich ein Bett teilen, Zustände also wie zur Zeit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Dazu kamen dann Veröffentlichungen in der Presse, zum Beispiel in der Oldenburgischen Volkszeitung, wo über das Werkvertragsunwesen berichtet wurde.

Das habe ich dann in meinen Predigten thematisiert und damit wohl einige Gemeindeglieder wachgerüttelt. Wenn man als Person erst einmal für ein Thema steht, ist das beinahe ein Selbstläufer: Es ergeben sich zahlreiche Kontakte, Gespräche, auch Widerspruch, und es entsteht ein Bild wie ein Mosaik. Menschen, die mir mit großer Vorsicht Insider-Informationen zukommen ließen, hatten Sorge um ihre Sicherheit. Spätestens ab da war ich dann im Thema und auch die Medien wurden aufmerksam.

Vor 25 Jahren haben Mitarbeiter auf dem örtlichen Schlachthof im Akkord mehr Geld verdient als der Gemeindedirektor von Bakum.

wo du predigst oder auf andere Weise in den Gemeinden hilfst, Öffentlichkeit in dieser Sache herstellen. Ein Gottesdienst ist keine politische Demonstration, aber ich halte es für legitim und auch für erforderlich, dass Kirche mit ihren sozialpolitischen Positionen erkennbar ist – und dann eben manchmal auch aneckt.

G.I.B.: Welche konkreten Schritte und Kontakte haben zu Ihrem Engagement geführt?

Monsignore Peter Kossen: Wir hatten im Februar 2012 sonntagabends eine Demo vor den Werkstoren einer Großschlachtereier von Danish Crown¹ in Essen, Kreis Cloppenburg gegen Sonntagsarbeit. Einer der

¹ Die Danish Crown Gruppe mit Sitz in Dänemark ist nach eigenen Angaben der größte Schweineschlachter und Fleischverarbeiter Europas, zudem einer der drei größten Fleischexporteure der Welt. Der Jahresumsatz der Gruppe liegt bei rund 7,6 Milliarden Euro, sie beschäftigt rund 23.500 Mitarbeiter.



Monsignore Peter Kossen, Ständiger
Vertreter des Bischöflichen Offiziats,
Vechta

G.I.B.: Wie würden Sie die aktuelle Situation in der Fleischindustrie in der Region beschreiben? Was hat sich geändert?

Monsignore Peter Kossen: Markant war die Einigung auf 7,75 Euro Mindestlohn ab dem 1. Juli 2014² und die stufenweise Erhöhung auf 8,75 Euro bis 2016 laut dem Tarifvertrag zwischen der NGG und den Arbeitgebern der Fleischindustrie, darunter die fünf „Großen“ Tönnies, Danish Crown, Wiesenhof, Vion und Westfleisch. Das reicht zwar nicht aus, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu verhindern, ist aber ein Anfang.

Die Konzerne haben damit auf den Druck der Öffentlichkeit, der Politik und vielleicht auch der Konsumenten reagiert. Es wäre aber blauäugig zu denken, die hätten sich jetzt alle eines Besseren besonnen und ab 1. Juli sei die Welt wieder in Ordnung. Der Zoll und die Gewerbeaufsicht müssen nun in die Lage versetzt werden, die Umsetzung des Mindestlohns effektiv zu kontrollieren.

Geändert hat sich in der Region die Aufmerksamkeit für das Thema. Viele Menschen sagen, das wollen wir hier so nicht. Daraus resultierte ein höherer politischer Druck, besonders in einem Wahljahr wie 2013.

Darüber hinaus gibt es einzelne Initiativen, zum Beispiel eine Selbstverpflichtung des Konzerns Wiesenhof und der Steinemann-Gruppe mit einigen Kommunen. In diesem Zusammenhang habe ich vor Kurzem vom Betriebsratsvorsitzenden von Wiesenhof gehört, dass sie sich auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro verpflichtet und einen größeren Teil der Werkvertragsarbeitnehmer in die Stammebelegschaft übernommen haben. Einer der Geschäftsführer der Firma Steinemann, die unter anderem für McDonalds und Edeka produziert, hat mir neulich gesagt, dass von diesen Unternehmen mittlerweile auch nachgefragt wird,

² Am 15.01.2014 einigten sich NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e. V. (ANG) auf den Abschluss eines Mindestlohnarbeitsvertrages für die deutsche Fleischwirtschaft. Er sieht eine Stufenlösung vor: 1. Stufe 01.07.2014 – 7,75 Euro/Stunde, 2. Stufe 01.12.2014 – 8,00 Euro/Stunde, 3. Stufe 01.10.2015 – 8,60 Euro/Stunde, 4. Stufe 01.12.2016 – 8,75 Euro/Stunde

ob das Negativeimage der Branche auf Steinemann zutrifft oder nicht. Das ist natürlich gut, weil Änderungen ganz stark über den Konsum und die Nachfrage laufen. Wenn das in das Bewusstsein dringt und ein Einkaufskriterium wird, sowohl bei den Großen als auch bei den Kleinen, ist das eine gute Chance. Es beginnt sich also auch substantiell etwas zu verändern.

G.I.B.: Die Fleischindustrie hat wegen ihres schlechten Images das Problem, dass niemand mehr dort arbeiten will. Facharbeiter, aber auch das mittlere Management, Meister, Vorarbeiter, brechen weg.

Monsignore Peter Kossen: Der Bürgermeister von Bakum hat mir, als er in den Ruhestand ging, erzählt, dass die Mitarbeiter auf dem örtlichen Schlachthof, als er vor 25 Jahren als Gemeindedirektor nach Bakum kam, im Akkord mehr Geld verdient hätten als er als Verwaltungsleiter. Das kenne ich auch aus meiner Kinderzeit noch. Ich komme von hier und in der Verwandtschaft wurde damals gesagt: Wer auf dem

Selbst wenn die Unternehmen das verändern wollten, müssten sie erst wieder eine Stammebelegschaft heranziehen oder die Rumänen und Bulgaren fest anstellen und ordentlich bezahlen.

Schlachthof arbeitet, muss hart arbeiten, aber der verdient auch gutes Geld. Dann hat man sukzessive die Stammebelegschaften verdrängt und durch Arbeitsmigranten ersetzt, die nach der Wende ja in großer Zahl kommen konnten. Das hat zur Folge gehabt, dass es keine einheimischen Kräfte mehr gibt, weil es völlig unattraktiv ist, zu solchen Bedingungen zu arbeiten und die Leute auch mittlerweile nicht mehr da sind. Mittlerweile muss man feststellen: Die Firmen kommen aus der Nummer gar nicht mehr raus. Selbst wenn sie das verändern wollten, müssten sie erst wieder eine Stammebelegschaft heranziehen oder die Rumänen und Bulgaren fest anstellen und ordentlich bezahlen.

G.I.B.: Ein gerechter Lohn ist das eine, aber wie sieht es mit den Lebens- und den Arbeitsbedingungen aus?

Monsignore Peter Kossen: Ich kann das nicht nachweisen, aber ich höre über die Beratungsdienste, zum Beispiel die Migrationsberatung der Caritas, dass die Arbeitsbedingungen sich bisher noch nicht grundlegend geändert haben. Und in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass das längst nicht nur ein Problem in

Es gibt eine hohe Fluktuation und die Leute haben nicht den Urlaub und verdienen nicht das Geld, dass sie mal eben alle drei Monate nach Hause fliegen oder fahren können. Da, wo ein gewisser Standard erreicht ist – Beispiel Wiesenhof in Lohne –, nehmen sich die Arbeiter jetzt verstärkt selbst Wohnungen. Dann gibt es auch die Möglichkeit, die Familie nachzuholen und den Willen hierzubleiben.

Vor anderthalb Jahren hat jemand morgens ein abgezogenes Kaninchen vor meine Tür gelegt. Das war schon recht deutlich.

der Fleischbranche ist. Den Migrationsberatern ist das Phänomen bekannt, dass man bis zu Kleinstbetrieben hin für bestimmte Arbeiten „seinen Rumänen“ hat, um es mal böse auszudrücken. Auch hier auf dem Land gibt es den Arbeiterstrich, wo Leute ohne jede Absicherung morgens mit dem Transporter zu irgendeiner Arbeit mitgenommen und abends wieder abgesetzt werden. Da werden Ställe desinfiziert, es wird auf Baustellen gearbeitet. Und es gibt die Rückmeldung, dass die Prostituierten auch in unserer Region häufig aus Rumänien und Bulgarien stammen – mit allen Formen von Zwangsprostitution und Menschenhandel. Das ist meines Erachtens wie ein Geschwür, das sich in die Gesellschaft gefressen hat. Das wird man nicht so schnell heilen können.

G.I.B.: Hat sich der Migrantenanteil in den letzten Jahren in der Region stark verändert? Kommen vor allem Arbeitnehmer ohne Familie, die nach einer gewissen Zeit wieder zurück in ihre Heimat gehen?

Monsignore Peter Kossen: Die meisten haben tatsächlich die Absicht, erstmal hierher zu kommen, in drei bis fünf Monaten möglichst viel Geld zu verdienen und dann wieder nach Hause zu gehen. Ich habe viele kennengelernt, die das völlig frustriert, gedemütigt und verbittert getan haben. Die sagen: „Dass ich in Deutschland viel arbeiten muss, habe ich vorher gewusst. Aber dass ich hier so gedemütigt werden würde, habe ich nicht gedacht!“

Wenn man mal genau hinguckt: Wir brauchen diese Leute ja. Das ist ja kein Übergangsphänomen, bei dem man sagt, im Sommer machen wir es wieder mit eigenen Leuten. Das funktioniert überhaupt nicht mehr.

G.I.B.: Wie kommen die großen Unternehmen der Fleischbranche an ihre Werkvertragsnehmer? Akquirieren sie selbst in den entsprechenden Ländern?

Monsignore Peter Kossen: Das machen sie nicht selbst, sie arbeiten mit Entsendefirmen. Es ist nach EU-Recht Bedingung, dass diese Firmen einen Firmensitz in Rumänien, Bulgarien, Ungarn usw. haben müssen. Dort werben sie Leute an und schicken sie dann nach Deutschland. Meistens ist aber noch eine Firma, oft eine deutsche, als Subunternehmer zwischengeschaltet. Manche großen Unternehmen haben eine ganze Reihe von Subunternehmen oder auch Ketten von Subunternehmen. Da wird versucht, Verantwortung bis zur Unkenntlichkeit zu delegieren, sodass die Großunternehmen sagen können: Ich kann nichts dafür. Es geschieht aber auf deren Betriebsgelände. Es ist seit Jahren schon nachweisbar, dass formal 12, 13 Euro ausbezahlt werden, aber es kommen nur 3,50 Euro bei den Beschäftigten an. Der Rest wird von Subunternehmen für Arbeitsvermittlung, Unterkünfte, Arbeitskleidung und Transport abgegriffen.

G.I.B.: Wie sind denn die Beschäftigten dieser Unternehmen auf dem Land untergebracht? Menschenunwürdige Massenunterkünfte von Arbeitsmigranten vermutet man eher in Großstädten.

Monsignore Peter Kossen: Sehr unterschiedlich. Das war mit einer der Skandale, der die Bevölkerung hier am meisten erregt hat. Es war lange so, dass auch in den Dörfern alte Gaststätten, Läden, Molkereien, Fa-

briken oft sehr notdürftig zu Unterkünften verwandelt wurden. Das Extremste, was der Landkreis Vechta festgestellt hat, waren 70 Namen an einem Haus, 15 Personen in einem Raum, der Schlafraum nicht mal so hoch, dass man aufrecht drin stehen konnte. Also Massenunterkünfte, hygienisch katastrophale Verhältnisse. Teilweise mussten 15, 20 Leute die gleiche Toilette nutzen. Und oft sind die Unterkünfte auch nach außen echte Bruchbuden, mit Schimmelbefall und so weiter. Die Kreise haben jetzt Vorschriften erlassen, was geht und was nicht, die zum Teil strenger sind als die Vorgaben des Landes Niedersachsen.

Mietwucher ist lange toleriert worden. Die Kirche hat beispielsweise bei einer Kontrolle festgestellt, dass ein leer stehendes altes Pfarrhaus für 300 Euro an eine Firma vermietet worden war, die dort bis zu 29 Frauen untergebracht hat. Hier haben auch „ehrenwerte Leute“ eine Menge Kohle gemacht.

G.I.B.: Machen Sie sich mit solchen Feststellungen nicht auch Feinde über die großen Fleischkonzerne hinaus?

Monsignore Peter Kossen: Ja, das ist so. Und wenn ich höre, um welche irren Summen es da geht, dann kann ich mir auch vorstellen, warum. Dass sich bestimmte Leute da angesprochen fühlen, ist klar. Bis in den Mittelstand hinein wird versucht, Druck zu machen. Diese Leute sagen: Was bildet der sich ein? Warum mischt sich die Kirche überhaupt da ein? Bleiben Sie bei Ihrer Kernkompetenz.

Wenn Sie überlegen, dass von zwölf Euro nur 3,50 Euro bei den Beschäftigten ankommen, und dazu noch berücksichtigen, dass die Leute in der Regel mehr als acht Stunden am Tag arbeiten, ohne Urlaub, und das mal für 1.000 Leiharbeiter hochrechnen, dann kommen schon Millionenbeträge zusammen. Es sind aber nicht nur große Konzerne aus Dänemark und Holland, die sich hier finanziell engagieren und das dann auch zu verantworten haben. Hier vor Ort gibt es Verflechtungen von Zulieferern und Abnehmern, die sich in Mithaftung genommen sehen und Image-schäden befürchten.

G.I.B.: Gibt es in der regionalen Landwirtschaft Betriebe, die das Thema nicht an die große Glocke hängen möchten?

Monsignore Peter Kossen: Große Teile der Landwirtschaft sind die Vorletzten in der Hackordnung, weil ihnen die Bedingungen diktiert werden, zum Beispiel die des Mästens. Es gibt eine Kette: über den Bezug der Küken, des Futters, bis zur Stelle, wo die Hühner oder Puten abgeliefert werden können. Die hängen auf Gedeih und Verderb mit drin, können aber nicht viel daran ändern.

Gesellschaftsrechtliche Verbindungen, also wer wo seine Finger mit im Spiel hat, sind ja auch häufig nicht bekannt. Aber das Bild, wie es sich mir darstellt, ist schon ein Netz. An der einen Stelle nimmt man es hoch und an einer anderen Stelle schreit jemand „Aua“.

Aber wir sind auch kein Selbstzweck als Kirche. Wir müssen hingucken, in welcher Welt wir leben und wie wir diese Gesellschaft mitgestalten müssen.

G.I.B.: Sind Sie persönlich schon mal bedroht worden?

Monsignore Peter Kossen: Vor anderthalb Jahren hat jemand morgens ein abgezogenes Kaninchen vor meine Tür gelegt. Das war schon recht deutlich, sagten mir die Polizei und andere, die sich damit auskennen, ein Drohszenario nach Mafia-Methode.

G.I.B.: Es gibt relativ wenige kirchliche Würdenträger, die sich in dieser Frage und auch generell in der Arbeitswelt engagieren. Sehen Sie sich in diesem Punkt als Einzelkämpfer oder fühlen Sie das Bistum, den Bischof oder ihre Organisation da hinter sich?

Monsignore Peter Kossen: Es gibt beides. Es wird durchaus von Christinnen und Christen oder auch von Leuten, die mit Kirchen gar nichts zu tun haben, gesagt: Das erwarte ich von der Kirche, dass sie die Lobby bildet, für die, die keine Lobby haben. Da spielt es auch keine Rolle, dass die Rumänen und Bulga-

ren in der Regel nicht katholisch sind. Das kann kein Kriterium sein. Es sind Menschen, die unter uns leben und arbeiten.

Der Bischof von Osnabrück hat mich zum Neujahrsempfang eingeladen, und ich hatte dort Gelegenheit vor Repräsentanten aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kirche über das Thema zu sprechen. Da war eine große Betroffenheit festzustellen. Es ist schon so, dass gesagt wird: Gut, dass das einer tut. Gut, dass das in der Kirche gesagt wird.

Auf der anderen Seite sehe ich auch viel Angst, sich so konkret in ein gesellschaftspolitisches Thema einzumischen. Zum Beispiel sagen einige: Da ist aber auch der ein oder andere darunter, der eine Menge Kirchensteuer zahlt oder andere Dinge sponsert.

G.I.B.: Sie waren zu dem Thema auch Gast in der ARD-Talkshow von Günther Jauch. Welche Reaktionen hat das ergeben?

Monsignore Peter Kossen: Zunächst ist es natürlich sehr spannend, eine solche Live-Sendung einmal hautnah mitzuerleben. Aus meinem Offizialat kam anfangs die Meinung, ich solle dort um Gottes Willen nicht hingehen. Kirche ist ja auch oft genug peinlich in diesen Talkshows, weil wir da einfach nicht gut sind. Man muss anders auftreten, wenn man dieses Format bedienen will. Es gab die Sorge, ich würde in der Sendung mit Glanz und Gloria untergehen, aber so schlimm war es dann nicht. Es skandalisiert natürlich und bringt die Leute schon auf. Auf der anderen Seite sagen die Menschen aber auch, gut, dass Kirche da zur Stelle ist und sich halbwegs passabel verkauft. Auf der Rückfahrt am nächsten Tag hat unser Pressesprecher sofort recherchiert und festgestellt, dass das Problem der Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie direkt Thema in der Bundespolitik war. Eine Zeitlang steht sowas dann tatsächlich auf der Agenda in Berlin. Das ist eine große Chance.

G.I.B.: Wie reagiert die regionale Politik auf Ihr Engagement?

Monsignore Peter Kossen: „Der Kossen hat eine zu große Nähe zu den Roten!“ (lacht). Katholisch heißt ja hier für viele noch CDU. Das politische Milieu ist hier traditionell so geprägt, dementsprechend reagieren einige sauer und irritiert.

Aber es gibt auch durchaus Politiker, die sagen, wir haben das als unsere Aufgabe identifiziert. Tobias Gerdemeyer, der Bürgermeister von Lohne, ein junger Mann, war gerade im Amt, als er sich für eine Resolution einsetzte, mit der Firmen aufgefordert wurden, sich selbst zu bestimmten Standards zu verpflichten. Da hat er in seiner eigenen CDU-Fraktion im Stadtrat und auch von der Öffentlichkeit und von Unternehmern – wenn auch nicht von allen – Prügel bekommen. Solche Menschen gibt es auch. Das ist mutig. Er riskiert da im Zweifel mehr als ich: er muss wiedergewählt werden – mich müssen sie so oder so nehmen.

Zudem bemüht sich die Region sehr von diesem Gülle-Image wegzukommen, das in den 1970er, 1980er Jahren sehr bestimmend war, und versucht andere Labels für das „Oldenburger Münsterland“ aufzubauen. Da geht es um Familienfreundlichkeit, um geringe Lebenshaltungskosten, aber auch um die Natur, das Ländliche. Es geht um den sozialen Zusammenhalt, der zweifelsohne da ist, die gute Schul- und Einkaufssituation, die Freizeitangebote. Man sieht aber die Gefahr, dass das Bild eingetrübt wird. Vor ein paar Monaten wurde sogar eine Image-Kampagne erst einmal wieder gestoppt, weil man sah, dass es bei den negativen Schlagzeilen im Moment überhaupt keinen Sinn hat.

G.I.B.: Welche weiteren regionalen Unterstützungsstrukturen wären sinnvoll?

Monsignore Peter Kossen: Man muss da differenzieren: Bei akuter Not hilft die Tafel. Dahin kommen die Leute, die einfach Hunger haben und dann das Allernötigste von der Tafel und der Kleiderkammer bekommen. Diese Einrichtungen arbeiten an den Symptomen. Das finde ich gut und wichtig, aber die verändern nichts.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Manfred Keuler, Tel.: 02041 767-152

E-Mail: m.keuler@gib.nrw.de

Arnold Kratz, Tel.: 02041 767-209

E-Mail: a.kratz@gib.nrw.de

KONTAKT

Monsignore Peter Kossen

Bischöflich Münstersches Offizialat

Bahnhofstraße 6, 49377 Vechta

Tel.: 04441 872-0, E-Mail: Peter.Kossen@bmo-vechta.de

Dann gibt es verschiedene Beratungsstellen. Die Caritas-Beratung setzt sehr weit an, was ich auch richtig finde. Denn Geld und Recht bekommen ist das eine, aber mit den Problemen verbunden sind ja auch andere Phänomene wie z. B. Suchttendenzen. Es geht auch um Trennungsprobleme, bis hin zu psychischen Erkrankungen. Da kommen wir als Caritas an die Grenzen dessen, was wir leisten können. Dann kommen noch die Asylbewerber dazu, also eine ganz andere Art von Migration, sodass das Limit schon lange erreicht ist.

Wir brauchen, und das kommt erst langsam in Fahrt, eine Rechtsberatung. Das Land Niedersachsen hat jetzt zwei mobile Teams gebildet, die muttersprachliche Beratung leisten sollen.

Es gibt hier in Vechta ein Netzwerk für Menschenwürde in der Arbeitswelt. Ein Anwalt bietet jeden Samstag in den Räumen der Kirchengemeinde in Cloppenburg ehrenamtlich Beratung an. Das wird auch in Anspruch genommen. Ich finde, es ist ein wichtiger Ansatz, dass die Leute über ihre Rechte informiert werden und jemanden im Rücken haben, der auch etwas durchsetzen kann.

Arbeitsmigranten und -migrantinnen haben letztlich immer zur Prosperität der Volkswirtschaft beigetragen, weil das Menschen sind, die arbeiten wollen und hochmotiviert sind. Diese Integration ist bisher dann gelungen, wenn auch Kirchen im Konzert der verschiedenen Kräfte ihren Part übernommen haben. Dass diese Menschen keine Subkulturen bilden und kein Ghetto, dass sie über Schulen, Kindergärten, Sportvereine Zugang finden – darin stecken, Ansätze für die Entwicklung einer Willkommenskultur.

G.I.B.: Was könnte Ihre Idee eines „Gütesiegel faire Arbeit“ ändern?

Monsignore Peter Kossen: Die Idee ist nicht von mir. Ich habe sie vom Unternehmer Stefan Wernsing aufgegriffen, der eine große Feinkost-Firma mit knapp 3.000 Leuten im Kreis Cloppenburg betreibt. Herr Wernsing hat mal auf einer gemeinsamen Podiums-

diskussion davon gesprochen, dass sein Unternehmen überhaupt keine Werksvertragsarbeiter beschäftigt und dass auch kein Arbeiter für unter 8,50 Euro dort arbeitet. Er regte ein Label „Faire Arbeit“ an, das zeigt, dass alle an einem bestimmten Produktionsprozess Beteiligten mindestens 8,50 Euro verdienen. Die Gewerkschaft NGG hat einmal berechnet, dass das Kilo Fleisch, wenn das der Fall wäre, beim Discounter 5,7 Cent teurer wäre – Gerechtigkeit, die man sich leisten kann.

G.I.B.: Mit Papst Franziskus sind die Themen Gerechtigkeit und Armut stärker in die Diskussion gekommen. Merken Sie das auch auf Ihrer Arbeitsebene?

Monsignore Peter Kossen: Dafür ist er noch nicht lang genug im Amt. Er hat schon viele Zeichen gesetzt und sich sehr deutlich in diese Richtung positioniert, aber bis das eine so große Institution wie die katholische Kirche vor Ort prägt, bis zur Überzeugung „Das ist doch unsere christliche Pflicht“, das braucht, glaube ich, eine gewisse Zeit.

Wir haben in der Kirche in unserem Land oft das Problem, dass wir um uns selbst kreisen. Dann reicht oft nicht die Kraft. Aber wir sind auch kein Selbstzweck als Kirche. Wir müssen hingucken, in welcher Welt wir leben und wie wir diese Gesellschaft mitgestalten müssen.

Da sehe ich unsere Verantwortung als Kirche: Wir können schon – nicht moralisierend – einen Beitrag zur Gerechtigkeitsdebatte leisten und Bewusstsein prägen. Wir können auch dagegenhalten, wenn wieder mal der Neoliberalismus hochgehalten wird und auf den Standortvorteil von sozialen Standards in der Marktwirtschaft verweisen. Hier sehe ich tatsächlich schon eine Bewusstseinsveränderung. Aber was wäre das für ein Aufschlag, wenn die katholischen und evangelischen Bischöfe gemeinsam sagen würden, wir sehen die skandalösen Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie und wir klagen das an.